

# Landesarbeitsgemeinschaft AIDS

## *Landesverband der Hamburger Aidsprojekte*

---

### **Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2011**

*Die Landesarbeitsgemeinschaft AIDS hat Wahlprüfsteine zur Hamburger Bürgerschaftswahl 2011 erstellt. Sprechen Sie Ihre Kandidatinnen und Kandidaten darauf an und überprüfen Sie Ihre Wahlentscheidung! Die Antworten der Bürgerschaftsfraktionen werden auf den Internetseiten der Mitgliedsorganisationen veröffentlicht.*

#### **Gesellschaftlicher Umgang mit HIV/AIDS:**

Eine gesellschaftliche Entstigmatisierung von Menschen mit HIV/AIDS ist bisher nicht erreicht worden. Menschen, die in Deutschland besonders von HIV und AIDS bedroht oder betroffen sind, werden weiterhin diskriminiert und stigmatisiert: Schwule und andere Männer, die Sex mit Männern haben (MSM), HIV-betroffene Familien, Menschen aus Ländern mit einer hohen HIV-Prävalenz, Drogengebrauchern/innen, Frauen und Männer in der Sexindustrie, Menschen in Haft.

##### **Fragen:**

- Welche Maßnahmen halten Sie in Hamburg für erforderlich, um die Entstigmatisierung der von HIV und AIDS bedrohten und betroffenen Menschen zu erreichen?
- Werden zu diesem Thema von einem Hamburger Senat unter Ihrer Regierungsbeteiligung Bundesratsinitiativen ausgehen? Wenn ja, welche?

#### **Finanzierung der Prävention:**

In Teilen der Politik herrscht anscheinend der Eindruck, bei HIV und AIDS handele es sich inzwischen um eine „normale“ chronische Krankheit, die keiner großen personellen und finanziellen Anstrengungen mehr bedürfe. Primär- und Sekundärpräventive Angebote waren in den vergangenen Jahren in ihrer Existenz bedroht.

##### **Fragen:**

- Welche finanziellen Mittel für welche Maßnahmen planen Sie für die kommenden vier Jahre zusätzlich zu den bisherigen Mitteln?
- Welche HIV-Einrichtungen unterstützen Ihre Bürgerschaftskandidatinnen und -kandidaten und welche werden sie im Fall einer (Wieder-)Wahl mit welchen Maßnahmen unterstützen?
- Welche weiteren Einrichtungen und Projekte sollen in Zukunft gefördert werden?

#### **Gesundheitswesen, soziale Sicherung:**

Die Beibehaltung des Solidaritätsprinzips im Gesundheitswesen ist auf Dauer nicht mehr gesichert. Immer mehr notwendige Leistungen werden aus dem Katalog der gesetzlichen Krankenversicherung herausgenommen und müssen privat getragen werden: So verweigern Krankenkassen immer häufiger (Zu-)Zahlungen für bestimmte medizinische Leistungen. Der Fortbestand der Patientenberatung bei der Verbraucherzentrale Hamburg ist ungewiss. Die Grundsicherung (SGB II + SGB XII) orientiert sich nicht am realen (Mehr-)Bedarf chronisch kranker Menschen. Es existiert keine Härtefallregelung für Menschen, deren Einkommen knapp oberhalb der Grenze für Grundsicherungsleistungen liegt.

##### **Fragen:**

- Wie werden Sie dafür Sorge tragen, dass das Solidarprinzip im Gesundheitswesen beibehalten wird?
- Mit welchen Maßnahmen garantieren Sie, dass sich in Zukunft die soziale Sicherung am realen Bedarf der chronisch Kranken ausrichtet?
- In welcher Weise werden Sie das Angebot der Patientenberatung für Hamburg sicherstellen?
- Mit welchen Regelungen beabsichtigen Sie Härten für Bedürftige knapp oberhalb der Einkommensgrenze für Grundsicherungsleistungen zu mildern?

# Landesarbeitsgemeinschaft AIDS

---

## *Landesverband der Hamburger Aidsprojekte*

### **Arbeit und Beschäftigung:**

Arbeitgeber, Betriebsräte, Betriebsärzte, ARGE, Jobcenter und Arbeitsagenturen sind völlig unzureichend über HIV/AIDS informiert. Unternehmen und Behörden klären insgesamt ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schlecht oder überhaupt nicht über HIV/AIDS und die Nichtgefährdung einer Ansteckung bei sozialen Kontakten auf. Menschen mit HIV und AIDS werden am Arbeitsplatz stigmatisiert und diskriminiert.

Immer mehr chronisch Kranke möchten in das Erwerbsleben zurückkehren. Chronisch Kranke haben aber weit weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Eine Re-Integration und eine berufliche Rehabilitation werden ihnen oft nicht ermöglicht.

#### **Fragen:**

- **Welche arbeitsmarktpolitischen Regelungen und Strukturveränderungen planen Sie, um chronisch Kranken Arbeit und Beschäftigung zu sichern?**
- **Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Aufklärung in Betrieben und Verwaltungen sowie Begleitung und Unterstützung von HIV-Positiven im und ins Arbeitsleben als Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation seitens Rentenversicherung und Bundesagentur für Arbeit finanziert werden?**

### **Migration:**

Die Politik berücksichtigt bei ihren Integrationsmaßnahmen Aspekte der Prävention und Gesundheitsfürsorge von Migrantinnen und Migranten und von Flüchtlingen völlig unzureichend. Diese Menschen leiden überdurchschnittlich häufig unter den Folgen von HIV und anderen Krankheiten. Es gibt immer noch kein Bleiberecht für Migranten und Flüchtlinge, die an HIV und anderen chronischen Erkrankungen leiden. Die Einschränkungen durch das Asylbewerberleistungsgesetz sind massiv und gesundheitsschädlich. Die Versorgung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus bzw. ohne Krankenversicherung ist in Hamburg katastrophal. Existierende tragfähige Konzepte für eine kontinuierliche und dauerhafte Versorgung werden nicht umgesetzt.

#### **Fragen:**

- **Welche Rolle spielt die Gesundheitsförderung von Menschen mit HIV oder anderen chronischen Erkrankungen in Ihrer Integrationspolitik?**
- **Setzen Sie sich konkret für ein Bleiberecht für Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge mit HIV ein?**

### **Gleichstellung der Homo- und Transsexuellen:**

Deutschland setzt die Einführung und Umsetzung der neuen EU-Antidiskriminierungsrichtlinie nicht konsequent genug um. Homophobie und Transphobie sind auch in Hamburg immer noch weit verbreitet. Die Hassgewalt nimmt zu. Der umfassende Schutz vor Diskriminierung ist in Deutschland und Hamburg bisher nicht verwirklicht.

Die Vervollkommnung des Lebenspartnerschaftsgesetzes ist noch nicht erreicht. Schwule und lesbische Paare sind nicht gleichgestellt. Es gibt zahlreiche rechtliche Benachteiligungen (z.B. im Steuer-, Adoptions- und Hinterbliebenenrecht).

#### **Fragen:**

- **Wie werden Sie sich für eine Umsetzung der neuen EU-Richtlinie zur Antidiskriminierung einsetzen?**
- **Welche Maßnahmen unterstützen Sie konkret zum Diskriminierungsabbau, zur Selbstbestimmung und zur Akzeptanz sexueller Vielfalt sowie zur Gleichberechtigung sexueller Minderheiten?**
- **Mit welchen Maßnahmen werden Sie für die völlige Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit konventionellen Ehepaaren sorgen?**

# Landesarbeitsgemeinschaft AIDS

---

## *Landesverband der Hamburger Aidsprojekte*

### **Haft:**

Menschen in Haft wird nicht die gleiche gesundheitliche Versorgung wie außerhalb des Strafvollzugs zuteil, obwohl das Äquivalenz-Prinzip gilt. Die Empfehlungen des EU-Ministerrats hinsichtlich der ethischen und organisatorischen Aspekte der Gesundheitsversorgung in Haftanstalten und die internationalen Empfehlungen der WHO zum Gesundheitsschutz in Haft werden von Deutschland nicht umgesetzt.

Die Gesundheitsversorgung und der Schutz vor Infektionskrankheiten durch anonymen Zugang zu präventiven Maßnahmen (z.B. zielgruppengerechtes Infomaterial, Kondome und Gleitmittel, Spritzen) sind auch in Hamburg unzureichend.

### **Fragen:**

- **Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um die Kooperationen zwischen Gesundheits- und Justizbehörde zur Verbesserung der Prävention in Haftanstalten zu verbessern?**
- **Was werden Sie konkret tun, um Gefangene vor Infektionskrankheiten zu schützen und um Abhängigkeitserkrankungen gemäß der geltenden Standards behandeln zu können?**

### **Sexarbeit:**

Trotz des 2002 in Kraft getretenen Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten arbeiten Behörden und Beratungsstellen nur unzureichend zusammen. Sexarbeiter und Sexarbeiterinnen werden diskriminiert und stigmatisiert. Die Möglichkeiten, die das Prostitutionsgesetz geschaffen hat, werden nicht ausgeschöpft: Es besteht ein großer Anpassungsbedarf anderer Rechtsbereiche (z.B. Gewerberecht, Zuwanderungsgesetz).

### **Fragen:**

- **Welche Rechtsbereiche werden Sie mit welchen Änderungen anpassen?**
- **Welche Möglichkeiten, die das Prostitutionsgesetz geschaffen hat, ergreifen Sie, um eine bessere Prävention und Gesundheitsversorgung der Sexarbeiterinnen und -arbeiter zu gewährleisten?**

Hamburg, im Januar 2011

---

AIDS-Hilfe Hamburg e.V.  
Lange Reihe 30-32  
20099 Hamburg  
Tel. 040-2351 990  
Fax 040-2351 9999

AIDS-Seelsorge des ev. luth.  
Kirchenkreises Hamburg  
Spadenteich 1  
20099 Hamburg  
Tel. 040-280 4462  
Fax 040-280 4462

ajs Hamburg e.V.  
Projekt Kinder und AIDS  
Hellkamp 68  
20255 Hamburg  
Tel. 040-410 9800  
Fax 040-410 980 92

BASIS-Projekt  
Anlaufstelle für Stricher  
Steindamm 11  
20099 Hamburg  
Tel. 040-249 694  
Fax 040-280 518 37

Hamburg Leuchtfeuer gGmbH  
Simon-von-Utrecht-Str. 4 d  
20359 Hamburg  
Tel. 040-317 7800  
Fax 040-3177 8010

Hein & Fiete  
Hamburgs schwuler Infoladen  
Pulverteich 21  
20099 Hamburg  
Tel. 040-240 440

Magnus-Hirschfeld-Centrum  
Borgweg 8  
22303 Hamburg  
Tel. 040-278 778 00  
Fax 040-278 778 02